

## Länderbericht für das GGG Journal 2/2012

Im März 2012 hat der Niedersächsische Landtag eine Novellierung des Schulgesetzes beschlossen, der die inklusive Beschulung an allen Schulen des Landes einführt. Eltern von beeinträchtigten Kindern haben jetzt grundsätzlich das Recht, die Schule für ihr Kind zu wählen, die sie für richtig halten. Durch das parallele Vorhalten von Förderschulen und allgemein bildenden Schulen für die Beschulung der I-Kinder wird sich die Ressourcenfrage stellen. Hier ist zu befürchten, dass die allgemein bildenden Schulen nicht mit einer ausreichenden Anzahl von Lehrerstunden und Förderschullehrkräften für die inklusive Beschulung ausgestattet werden. Hier sollte das Kultusministerium schnell für Klarheit sorgen. Heftig kritisiert von der Landtagsopposition, der GGG und GEW ist ein Schulgesetzparagraf, der die zwangsweise Abschulung von I-Kindern an Förderschulen ermöglicht. Zum Schuljahr 2012/13 soll die Inklusion an den Grundschulen, zum Schuljahr 2013/14 an den Sek-I-Schulen starten.

Zum Schuljahr 2012/13 werden weitere 5 Integrierte Gesamtschulen ihre Arbeit aufnehmen. Damit steigt in Niedersachsen die Zahl der öffentlichen Gesamtschulen auf 102. Rechnet man die privaten Gesamtschulen dazu, sind es sogar 109. Für die 2009, 2010, 2011 und 2012 neu gegründeten Gesamtschulen stellt sich aktuell die Frage nach der Genehmigung einer gymnasialen Oberstufe. Dazu wird die GGG am 16. Oktober 2012 in der IGS Langenhagen eine Fachtagung veranstalten, auf der die Wege und einzelnen Schritte zur eigenen Oberstufe erarbeitet werden sollen. Im Rahmen der Fachtagung soll ein intensiver Erfahrungsaustausch zwischen den „alten“ und „neuen“ Gesamtschulen erfolgen. Im Anschluss an die Fachtagung findet um 16.00 Uhr die turnusgemäße Mitgliederversammlung statt.

Der Landesvorstand arbeitet zurzeit mit einem externen Partner an der Entwicklung eines Tagungskonzepts, das die Vernetzung der Schulleitungen der Gesamtschulen auf der Ebene der Regionalabteilungen der Landesschulbehörde fördern soll. Hier ist durch die Auflösung der Gesamtschuldezernate eine große Lücke entstanden. Eine erste erfolgreiche Tagung hat im März in der Regionalabteilung Braunschweig stattgefunden. Weitere Tagungen in den Abteilungen Hannover, Lüneburg und Osnabrück sind in Planung.

*Gerd Hildebrandt*